

■ Mittelmäßige Gesundheitskompetenz der gesetzlich Krankenversicherten

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) hat im Juli die Ergebnisse seines jüngsten WIdOmonitors vorgelegt. Bei der repräsentativen bundesweiten Befragung zur Gesundheitskompetenz zeigt sich, dass fast 60 Prozent der gesetzlich Versicherten Defizite haben: 14,5 Prozent der gesetzlich Krankenversicherten verfügen nur über eine unzureichende Gesundheitskompetenz, 45 Prozent über eine problematische, 33,5 Prozent sind ausreichend kompetent und bei 7 Prozent zeigen sich ausgezeichnete Fähigkeiten.

Für die Untersuchung des WIdOmonitors befragte das Sozialwissenschaftliche Umfragezentrum der Universität Duisburg-Essen telefonisch 2.010 gesetzlich Versicherte ab 18 Jahren. Die Befragung fand im Zeitraum Dezember 2013 bis Januar 2014 statt. Weitere wesentliche Ergebnisse sind: Mehr als ein Viertel der Versicherten findet es schwierig, Informationen über Krankheitssymptome zu finden. Fast ein Drittel hat Schwierigkeiten, Medieninformationen zu verstehen. 37 Prozent der Befragten können nur schwer beurteilen, ob eine Zweitmeinung einzuholen ist oder nicht.

Eine Studie in der Europäischen Union in den Jahren 2009 bis 2011 hatte etwas bessere Werte bei der Gesundheitskompetenz ergeben. Demnach haben im EU-Durchschnitt 47,6 Prozent unzureichende oder problematische Fähigkeiten, wogegen es in Deutschland 59,5 Prozent sind. Während das Thema hierzulande noch kaum ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist, existieren international bereits zahlreiche Handlungshilfen und nationale Aktionspläne.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ OECD-Gesundheitsdaten 2014

Nach den im Juni von der OECD veröffentlichten Daten beliefen sich in Deutschland die Gesamtausgaben für Gesundheit im Jahr 2012 auf 11,3% des BIP. Sie lagen damit um 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der OECD-Länder (9,3%). In den Vereinigten Staaten (16,9%), den Niederlanden

(11,8%), Frankreich (11,6%) und der Schweiz (11,4%) lag der Anteil der Gesundheitsausgaben an der Wirtschaftsleistung im gleichen Jahr noch höher. Der öffentliche Sektor finanziert in den meisten OECD-Staaten den Großteil der Gesundheitsausgaben, so auch in Deutschland. Dort liegt der Anteil der öffentlichen Hand mit 77% leicht über dem OECD-Durchschnitt von 72%. Wie in vielen anderen OECD-Staaten ist das reale Wachstum der Gesundheitsausgaben auch in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen. In den Jahren 2011, 2012 und 2013 lag der jährliche Anstieg bei etwa 1%.

Die OECD-Statistiken zeigen weiter, dass im Jahr 2012 die Lebenserwartung bei Geburt für die gesamte Bevölkerung in Deutschland bei 81,0 Jahren und damit um nahezu ein Jahr über dem OECD-Durchschnitt von 80,2 Jahren lag. Unter den OECD-Ländern ist die Lebenserwartung in Japan (mit 83,2 Jahren) am höchsten - gefolgt von Island (83,0 Jahre) und der Schweiz (82,8 Jahren). Wie in vielen anderen OECD-Staaten ist der Anteil der Erwachsenen, die täglich rauchen, auch in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zurückgegangen: Griffen 1978 noch 29% der Deutschen regelmäßig zur Zigarette waren es 2009 nur noch 22%. Dies entspricht ungefähr dem OECD-Durchschnitt (21%). Dagegen hat Fettleibigkeit in den letzten Jahrzehnten in allen OECD-Ländern zugenommen. Allerdings gibt es zwischen den einzelnen Ländern nach wie vor erhebliche Unterschiede. So waren in Deutschland im Jahr 2009 nach Eigenangaben 14,7% der Erwachsenen fettleibig. 1999 lag dieser Wert noch bei 11,5%. Damit liegt das Land etwas unter dem OECD-Durchschnitt von 15,4% im Jahr 2011. Die Vereinigten Staaten verzeichneten mit 28,6% im Jahr 2012 die mit Abstand höchste Fettleibigkeitsrate.

MEHR INFOS:

www.oecd.org

■ Geringe Beteiligung von Patienten an Therapieentscheidungen

Der im Juni von der Bertelsmann Stiftung und der BARMER GEK vorgestellte jüngste Gesundheitsmonitor kommt

zum Ergebnis, dass viele Patienten ihrem Arzt die Entscheidung nicht alleine überlassen wollen, welche Therapie für sie die richtige ist. Die Befragung zeigt jedoch, dass dies in der Realität zu selten der Fall ist. Während 55 Prozent der Patienten in die Wahl zwischen verschiedenen Therapiealternativen einzbezogen werden wollen, wurden 58 Prozent von ihrem Arzt allerdings noch nie vor Alternativen gestellt. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse der Befragung von knapp 12.800 Patienten im Rahmen des Gesundheitsmonitors.

Die Befragung ergab zudem, dass sich 95 Prozent der Menschen ausführliche Informationen über die Vor- und Nachteile einer Therapie wünschen. Dagegen fühlen sich 16 Prozent der Patienten beim Hausarzt und sogar 24 Prozent der Facharztpatienten in diesem Punkt unzureichend informiert. 15 Prozent beziehungsweise 23 Prozent beklagen sogar, dass ihr Haus- beziehungsweise Facharzt vorhandene Therapieoptionen nicht erwähnt. Selbst die Hälfte der chronisch Kranken bemängelt, dass der Arzt mit ihnen keine Behandlungsalternativen erörtert hat, obwohl es für viele chronische Erkrankungen keinen therapeutischen Königsweg gibt.

MEHR INFOS:

www.bertelsmann-stiftung.de

■ RKI-Daten zur Kinder- und Jugendgesundheit

Das Robert Koch-Institut (RKI) hat in der Juli-Ausgabe des Bundesgesundheitsblatts umfangreiche Ergebnisse der ersten Folgeerhebung der „*Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*“ (KiGGS) veröffentlicht. Die Schwerpunkt-Ausgabe enthält die Ergebnisse der von 2009 bis 2012 durchgeföhrten Studie und die Trends seit dem ersten Survey 2003 bis 2006. Ein Hintergrundpapier bündelt die Kernaussagen zur Gesundheit der 0- bis 17-Jährigen. Zu den positiven Entwicklungen zählt dabei insbesondere, dass die Raucherquote bei den 11- bis 17-Jährigen von 20,4 auf 12 Prozent fast halbiert wurde. Auch sind die U-Untersuchungen (U3 bis U9) zur Früherkennung und Vorsorge von Erkrankungen häufiger in Anspruch genommen worden. Leicht zugenommen hat dagegen

die Häufigkeit von Asthma bronchiale und Heuschnupfen. Bei den im Kindesalter auftretenden Krankheiten stehen vor allem chronische und lebensstilbedingte Erkrankungen ebenso wie psychische Auffälligkeiten im Vordergrund. Erhöhte Gesundheitsrisiken tragen vor allem Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status, so das Robert Koch-Institut in seinem Fazit.

Die aktuelle Studie wurde als telefonische Befragung (der Eltern und ab 11 Jahren auch der Kinder) durchgeführt. Insgesamt haben in 167 Städten und Gemeinden 12.368 Mädchen und Jungen mit ihren Eltern teilgenommen. Die Bereiche Bewegung/Sport und psychische Gesundheit wurden in externen Modulen vertieft. Im Rahmen eines Ländermoduls wurden Gesundheitsdaten von über 4.800 Kindern und Jugendlichen in Thüringen erhoben.

MEHR INFOS:

www.kiggs-studie.de

■ RKI-Studie zur Gesundheit Erwachsener

In einem Doppelheft des Bundesgesundheitsblatts sind in 34 Beiträgen umfassende Ergebnisse der vom Robert Koch-Institut (RKI) durchgeführten ersten Welle der „Studie zur Gesundheit Erwachsener“ veröffentlicht worden. Danach fühlt sich die Mehrzahl der Deutschen gesund. Die eigene Einschätzung der Gesundheit hat sich insbesondere in den höheren Altersgruppen verbessert. Tests zur Funktionsfähigkeit im Alter zeigen, dass Einschränkungen im Alltag nur eine Minderheit der Senioren betreffen. Durchweg zeigt sich indes ein Trend zu mehr sportlicher Aktivität. Ein Viertel der Erwachsenen treibt regelmäßig mindestens zwei Stunden pro Woche Sport.

Neben vielen positiven Entwicklungen zeigen die Ergebnisse auch Warnzeichen und sind für das RKI eine wichtige Basis für evidenzbasierte Präventionsstrategien. So machen die Studienergebnisse zum Beispiel deutlich, dass Stoffwechselkrankheiten eine wichtige Rolle spielen. Die Zahl der Diabetiker ist seit der letzten vergleichbaren RKI-Studie, dem Bundes-Gesundheitssurvey 1998, gestiegen. Aktuell leiden 7,2% der Menschen in Deutschland an einem

Diabetes. Bei 17,9 % der Männer und 20,3 % der Frauen sind die Gesamtcy wholesterinwerte stark erhöht. Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status schätzen ihren allgemeinen Gesundheitszustand schlechter ein und sind häufiger erkrankt als Personen mit höherem Status, zum Beispiel auch an Diabetes. Jeder Fünfte in Deutschland hat innerhalb eines Jahres psychische Gewalt erlebt.

Insgesamt haben 7.238 Personen in einem der 180 Studienorte das rund zweistündige Untersuchungs- und Befragungsprogramm absolviert, weitere 914 nur das Befragungsprogramm. Die Datenerhebung fand von November 2008 bis Dezember 2011 statt. Die Untersuchungskomponente ermöglicht im Vergleich zu Befragungen sehr viel weitergehende Informationen. Zum Beispiel lieferte die Blutuntersuchung Erkenntnisse zum Vorliegen eines bisher unerkannten Diabetes und ergänzt so die in der Befragung erhobenen ärztlichen Diagnosen. Das Gesundheitsmonitoring, die kontinuierliche Erfassung und Analyse des Gesundheitszustands der Bevölkerung, wird vom Bundesministerium für Gesundheit und vom Robert Koch-Institut finanziert und wurde durch das Programm RKI 2010 verstärkt.

MEHR INFOS:

www.rki.de

■ Arbeitslosigkeit schwächt psychische Gesundheit des Lebensgefährten

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in seinem Wochenbericht 22/2014 die Ergebnisse einer Studie zu den Gesundheitskosten von Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Danach leidet die Psyche beider Partner in nahezu gleichem Umfang, wenn einer der beiden unfreiwillig arbeitslos wird. Da bisherige Berechnungen aber nur die negativen Folgen für den Arbeitslosen selbst, nicht aber für den Lebenspartner berücksichtigten, werden nach Einschätzung der DIW-Forscher die im Gesundheitssystem entstehenden Kosten systematisch unterschätzt. Dieser Zusammenhang sollte beim Kosten-Nutzen-Vergleich von Arbeitsmarkt- und Bildungsmaßnahmen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit zukünftig berücksichtigt werden. Den

Ergebnissen der Studie liegen Auswertungen aus der am DIW angesiedelten Langzeitstudie Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) zu Grunde.

Mit der Studie konnten allerdings nur die kurzfristigen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit erfasst werden, die innerhalb von im Schnitt elf Monaten nach Arbeitsplatzverlust auftreten. Um zu klären, ob diese Effekte bei anhaltender Arbeitslosigkeit eher zunehmen oder sich abschwächen, sind nach Auffassung der DIW-Wissenschaftler weitere Forschungen wünschenswert und notwendig. Auch bei der Berechnung der Kosten von Arbeitslosigkeit sollte dieser Zusammenhang berücksichtigt werden.

MEHR INFOS:

www.diw.de

■ OECD ermutigt Deutschland zu Reformen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat im Mai den „Wirtschaftsbericht Deutschland 2014“ vorgestellt. Darin ermutigt die Organisation Deutschland (erneut) zu wirtschaftlichen und sozialen Reformen. Für die OECD bietet der aktuelle wirtschaftliche Erfolg Deutschlands gute Voraussetzungen dafür, um das Land so zu gestalten, dass sein ökonomisches Wachstum auch in den kommenden Jahren gesichert bleibt und alle Menschen davon profitieren. Dazu wäre es nötig, das Steuersystem sozial gerechter und umweltfreundlicher zu gestalten, den Finanzsektor so zu stärken, dass er künftige Risiken besser abfangen kann, den Beitrag des Dienstleistungssektors zur Wertschöpfung zu erhöhen sowie die Chancengleichheit in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Laut Bericht verzeichnet Deutschland heute dank der Reformen des vergangenen Jahrzehnts sowohl historisch als auch international eine der niedrigsten Arbeitslosenraten. Problematisch seien jedoch der stark angewachsene Niedriglohnsektor und der hohe Anteil von Menschen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Auch habe sich die stark gesunkene Arbeitslosigkeit nicht positiv auf das Armutsrisiko im Lande ausgewirkt. Insgesamt habe die Aufwärtsmobilität von Geringverdiennern sogar abgenommen. Deutschland sollte

deshalb danach streben, die Zweiteilung des Arbeitsmarktes in Arbeitnehmer mit unbefristeten Verträgen, einem höheren Kündigungsschutz und häufig auch einem komfortableren Gehalt und jene mit befristeten Verträgen, wenig Schutz und geringerem Lohn zu verringern. Wichtig ist es nach OECD-Auffassung aber auch, jungen Menschen gleich gute Startbedingungen für Bildung und Beruf zu ermöglichen. Hierzu müsse der starke Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und Schülerleistungen/perspektiven durchbrochen werden. Neben Investitionen in die frühkindliche Bildung, fordert der Bericht dafür mehr Mittel für Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler.

Eine Möglichkeit, das Wachstumspotenzial zu steigern, sieht der OECD-Bericht darin, den Faktor Arbeit weniger zu Besteueren und die Sozialabgaben, vor allem für Geringverdiener, zu senken. Zum Ausgleich schlägt er vor, die Grundsteuern auf Immobilienbesitz nach aktualisierten Wertansätzen zu erheben und Gewinne aus dem Verkauf fremdgenutzer Immobilien nicht mehr von der Steuer zu befreien. Des Weiteren plädiert er dafür, Umverteilungsausgaben für Rentner aus dem allgemeinen Steueraufkommen und nicht über Sozialversicherungsbeiträge zu finanzieren. Diese Maßnahme sei beschäftigungs- und wachstumsförderlich und könne die Last gleichmäßiger auf alle Steuerzahler verteilen.

Alle anderthalb bis zwei Jahre führt die OECD eine umfassende Analyse der Volkswirtschaften ihrer Mitgliedsländer, der Eurozone und einiger größerer Drittstaaten durch. Die Wirtschaftsberichte entstehen im Rahmen einer Peer Review und enthalten Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik des jeweils untersuchten Landes. Diese Empfehlungen spiegeln den Konsens aller 34 OECD-Mitgliedsländer wider.

MEHR INFOS:

www.oecd.org

■ Bedarf an ausländischen Pflegekräften

Die März-Ausgabe der vom Statistischen Bundesamt (destatis) herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ enthält einen Beitrag mit dem Titel „*Sind Pflegekräfte aus dem Ausland*

ein Lösungsansatz, um den wachsenden Pflegebedarf decken zu können?“ Darin analysieren die Autoren die Arbeitsmigration in Pflegeberufen im Jahr 2010 und kommen auf Grundlage dieser Analysen zu dem Ergebnis, dass angesichts der zurückliegenden Entwicklungen „die Pflegekräftelücke langfristig nicht über Arbeitsmigration geschlossen werden“ kann. Und es sei auch fraglich, „ob eine künftige Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Ländern nach Deutschland realistisch erscheint“. Denn seit den letzten Zuwanderungswellen Ende der 1980er-Jahre sei auch die Lebensqualität in diesen Ländern stark gestiegen. Zum anderen vollziehe sich auch in diesen Ländern ein demografischer Wandel, der ebenfalls mit einer steigenden Nachfrage an Pflegekräften einhergehe.

MEHR INFOS:

www.destatis.de

■ Infektionsepidemiologisches Jahrbuch 2013 des RKI

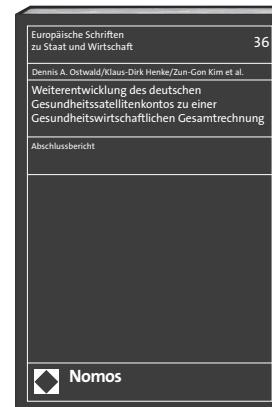
Im Juli hat das Robert-Koch-Institut (RKI) das Infektionsepidemiologische Jahrbuch meldepflichtiger Krankheiten für das Jahr 2013 veröffentlicht. Das Jahrbuch enthält detaillierte Informationen und Auswertungen des Robert Koch-Instituts zu den rund 50 meldepflichtigen Infektionskrankheiten. Es ergänzt die aktuelle Berichterstattung über das Infektionsgeschehen im wöchentlich erscheinenden Epidemiologischen Bulletin, die krankheitsspezifischen Jahresberichte und die Meldedaten in der Online-Datenbank SurvStat.

MEHR INFOS:

www.rki.de

TRENDS & FACTS wurden zusammengestellt und bearbeitet von Erwin Dehlinger

Wachstumsbranche Gesundheitswirtschaft



Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitssatellitenkontos zu einer Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Abschlussbericht

Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

Von Dennis A. Ostwald, Dirk Heeger, Sebastian Hesse, Julian Knippel, Wolf-Dieter Perlitz, Klaus-Dirk Henke, Sabine Troppens, Tobias Richter, Zun-Gon Kim und Heiko Mosetter

2014, 406 S., brosch., 94,- €

ISBN 978-3-8487-1087-4

(Europäische Schriften zu Staat und Wirtschaft, Bd. 36)

www.nomos-shop.de/22110

Das Werk stellt die Aktualisierung und Erweiterung des Gesundheitssatellitenkontos zu einer Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung dar. Als Forschungsergebnis steht eine umfangreiche Datenbasis für gesundheitswirtschaftliche Analysen zur Verfügung, die neben Fachkräfteanalysen auch die Ausstrahlereffekte der Gesundheitswirtschaft quantifiziert.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos